an den

EINWOHNERRAT EMMEN

23/25 Beantwortung der Interpellation Hans Schmied, Jörg Haase und Matthias Lingg namens der FDP Fraktion vom 1. April 2025 betreffend Sensibilisierung des Handy- und Laptopgebrauchs an Emmer Schulen

Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

A. Wortlaut der Interpellation

In den letzten Jahren hat das Thema Handyverbot in Schulen an Bedeutung gewonnen. Immer mehr Schulen ziehen in Betracht, den Einsatz von Smartphones während des Unterrichts zu beschränken oder ganz zu verbannen. Dieser Bericht beleuchtet die Auswirkungen eines solchen Verbots auf Schüler und diskutiert die

Hauptgefahren, die mit der Nutzung von Handys in Schulen verbunden sind.

Jugendliche im Dauerstress

Warum Junge nicht mehr mithalten können

Immer mehr Kinder und Jugendliche landen im Psychiatrie-Notfall. Gerade in der heutigen Zeit haben Psychiater und Psychologen Hochsaison. Eine Suche nach den Ursachen.

Ich kann die Entwicklung aus meiner Erfahrung, mit meiner Arbeit in psychiatrischen Kliniken bestätigen.

Das sind die Fakten: In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Kinder und Jugendlichen verdoppelt, die psychiatrisch behandelt werden müssen, bei den psychiatrischen Notfällen in einzelnen Kliniken sogar verdreifacht.

Gefahren der Handy- und Laptop Nutzung

Ablenkung

Eine der grössten Gefahren der Handynutzung in Schulen ist die Ablenkung. Schüler neigen dazu, ihre Smartphones während des Unterrichts zu nutzen, um zu chatten, soziale Medien zu durchstöbern oder Spiele zu spielen. Diese Ablenkung kann zu einem signifikanten Rückgang der Konzentration führen, was sich negativ auf die Lernleistung auswirken kann. Studien zeigen, dass Schüler, die ihre Handys im Unterricht nutzen, schlechtere Noten erzielen als ihre Mitschüler, die dies nicht tun.

Mobbing

Ein weiteres ernstes Problem ist Mobbing. Handys bieten eine Plattform für Cybermobbing, bei dem Schüler über soziale Medien oder Messaging-Apps belästigt werden. Das anonyme Wesen der Online-Kommunikation kann dazu führen, dass Täter sich sicher fühlen und aggressiver agieren. Ein Handyverbot könnte dazu beitragen, diese Form des Mobbings zu reduzieren, da Schüler weniger Möglichkeiten haben, andere über digitale Kanäle zu belästigen.

Pornografisches Material

Die Verfügbarkeit von pornografischem Material ist eine zusätzliche Sorge. Schüler können leicht Zugriff auf unangemessene Inhalte haben, was zu einer verzerrten Sicht auf Beziehungen und Sexualität führen kann. Ein Handyverbot würde es den Schulen ermöglichen, eine sicherere Umgebung zu schaffen, in der Schüler weniger mit solchen Inhalten konfrontiert werden.

Auswirkungen auf Schüler

Positive Effekte

1. **Verbesserte Konzentration:** Ohne Handys im Unterricht können Schüler sich besser auf den Unterricht konzentrieren, was zu verbesserten Lernleistungen führen kann.
2. **Reduziertes Mobbing:** Ein Verbot könnte die Möglichkeiten für Cybermobbing verringern und somit ein besseres Schulklima schaffen.
3. **Gesündere soziale Interaktionen:** Schüler könnten sich mehr auf persönliche Interaktionen konzentrieren, was ihre sozialen Fähigkeiten und Freundschaften stärken könnte.

Negative Effekte

1. **Entzug von Kommunikationsmöglichkeiten:** Schüler könnten den direkten Kontakt zu ihren Eltern vermissen, insbesondere in Notfällen.
2. **Eingeschränkter Zugang zu Bildungsressourcen:** Smartphones bieten Zugang zu Lern-Apps und Online-Ressourcen, die im Unterricht hilfreich sein könnten.
3. **Widerstand gegen Regeln:** Einige Schüler könnten sich gegen das Verbot auflehnen, was zu Konflikten zwischen Lehrern und Schülern führen könnte.

Fazit

Eine Sensibilisierung des Handy- und Laptopgebrauchs in Schulen, kann sowohl positive als auch negative Auswirkungen auf die Schüler haben. Die Gefahren von Ablenkung, Mobbing und dem Zugriff auf unangemessene Inhalte sind ernst zu nehmen. Dennoch ist es wichtig, die Balance zu finden, um den Schülern ein sicheres und förderliches Lernumfeld zu bieten. Schulen sollten alternative Lösungen in Betracht ziehen, die die Vorteile der Technologie nutzen, während sie gleichzeitig die Risiken minimieren.

1. **Erhöhte Sensibilisierung**: Es gibt eine steigende Sensibilisierung für psychische Gesundheit. Eltern, Lehrer und Fachkräfte erkennen zunehmend die Anzeichen psychischer Probleme und suchen aktiv nach Hilfe.
2. **Soziale Medien**: Die Nutzung von sozialen Medien kann sowohl positive als auch negative Auswirkungen auf die psychische Gesundheit von Jugendlichen haben. Cybermobbing, unrealistische Vergleiche und der Druck, online präsent zu sein, können zu Angstzuständen und Depressionen führen.
3. **Stress und Druck**: Jugendliche stehen unter erheblichem Druck, sei es durch schulische Anforderungen, Leistungsdruck oder gesellschaftliche Erwartungen. Dies kann zu einem Anstieg von Angstzuständen und anderen psychischen Erkrankungen führen.
4. **Pandemie-Folgen**: Die COVID-19-Pandemie hat viele Jugendliche stark belastet. Isolation, Unsicherheit und der Verlust von sozialen Kontakten haben die psychische Gesundheit vieler junger Menschen beeinträchtigt.
5. **Zugang zu Ressourcen**: In einigen Regionen gibt es einen besseren Zugang zu psychiatrischen Einrichtungen, was dazu führt, dass mehr Jugendliche die notwendige Unterstützung erhalten. Dies kann zu einer höheren Zahl von Einweisungen führen.
6. **Stigmatisierung**: Trotz der Fortschritte in der Akzeptanz psychischer Erkrankungen gibt es immer noch eine Stigmatisierung, die den Zugang zu Hilfe erschwert. Einige Jugendliche suchen möglicherweise erst spät Hilfe, wenn die Probleme gravierender sind.
7. **Frühzeitige Intervention**: Eine Zunahme der Einweisungen kann auch darauf hindeuten, dass Fachkräfte in der frühzeitigen Identifikation und Intervention besser geworden sind, was letztlich zu besseren Behandlungsergebnissen führen kann.

Insgesamt ist es wichtig, die Ursachen und Auswirkungen dieser Zunahme zu verstehen, um angemessene Unterstützungs- und Behandlungsangebote zu entwickeln.

Wir bitten den Gemeinderat um Beantwortung folgender Fragen:

Wie wird das Thema in Emmer Schulen gehandelt?

Wie werden Lehrpersonen und Eltern sensibilisiert?

B. Stellungnahme des Gemeinderates

1. Ausgangslage

Die digitale Transformation hat den Alltag junger Menschen tiefgreifend verändert. Mobile Endgeräte sind zu ständigen Begleitern geworden. Diese Entwicklung stellt Schulen zunehmend vor die Frage, wie die Nutzung solcher Geräte sinnvoll geregelt werden kann, um einerseits Chancen zu nutzen, andererseits aber Risiken wie Ablenkung, Cybermobbing oder Suchtverhalten (Abhängigkeit) zu minimieren.

Die Volksschule Emmen setzt sich bereits seit geraumer Zeit mit solchen Fragestellungen auseinander. Die bisherige Praxis zeigt, dass jede Schuleinheit der Volksschule Emmen Regeln zum Umgang mit (privaten) mobilen Endgeräten kennt. Diese Regelungen sind jedoch wenig einheitlich. Unter anderem galt in vielen Schuleinheiten bereits die Regel, dass in den Schulgebäuden Smartphones weder seh- noch hörbar sein dürfen. In einem partizipativen Prozess wurden Erfahrungen ausgewertet, pädagogische Perspektiven geprüft und rechtliche Rahmenbedingungen geklärt. Die Bildungskommission wurde im Verlauf des Projekts frühzeitig über die Absicht informiert, an der Volksschule Emmen ein umfassendes Verbot von Smartphones und Smartwatches einzuführen. Der politische Vorstoss, datiert auf den 1. April 2025, ist somit in eine bereits fortgeschrittene Projektphase gefallen. Zu diesem Zeitpunkt lagen die konzeptionellen Grundlagen bereits vor. Unterdessen existiert ein bereits weit fortgeschrittenes Grundlagenpapier. Die interne Kommunikation (Schulportal) und externe Kommunikation (Klapp und Emmenmail) sind aufgegleist.

2. Beantwortung der Fragen

Wie wird das Thema in Emmer Schulen gehandhabt?

Im laufenden Schuljahr 2024/25 wird an der Sekundarschule Gersag 2 ein entsprechendes Pilotprojekt (Smartphoneverbot) durchgeführt. Die gemachten Erfahrungen waren durchwegs positiv: Die Lernenden verbrachten die Pausen aktiver, es fanden wieder mehr persönliche Begegnungen statt und das soziale Miteinander auf dem Pausenplatz wurde gestärkt.

Auf dieser Grundlage hat die Volksschule Emmen beschlossen, das Verbot auf alle Schulstufen, vom Kindergarten bis zur Sekundarstufe I, auszuweiten. Das Verbot tritt ab dem Schuljahr 2025/26 in Kraft und betrifft alle privaten digitalen Endgeräte, die nicht explizit für den Unterricht vorgesehen sind. Die Regelung gilt während des gesamten Aufenthalts auf dem Schulareal zu Unterrichtszeiten, einschliesslich der Pausen.

Die Zielsetzungen des Verbots sind:

- **Förderung sozialer Interaktionen**: Kinder und Jugendliche sollen in der Schule in persönlichem Kontakt stehen und soziale Kompetenzen entwickeln können.

- **Schutz vor digitalen Risiken**: Cybermobbing, problematische Inhalte und übermässige Nutzung sollen reduziert werden.
- **Fokus auf Lernen**: Der Unterrichtsalltag soll weniger von digitalen Ablenkungen geprägt sein.
- **Stärkung der Erziehungsverantwortung**: Schule und Elternhaus setzen gemeinsam klare Rahmenbedingungen für einen bewussten Umgang mit digitalen Medien.

Die Volksschule Emmen orientiert sich dabei an der geltenden Rechtslage im Kanton Luzern sowie an bewährten Beispielen aus anderen Gemeinden und Kantonen. Während der Kanton Luzern das Thema Smartphoneverbot an die Volksschulen delegiert hat, haben die Kantone Nidwalden und Aargau ein solches Verbot erlassen. Das heisst, dass in den Kantonen Nidwalden und Aargau ab dem kommenden Schuljahr 2025/26 während den Unterrichtszeiten die Nutzung von privaten Geräten wie Handys, Smartwatches, Tablets und Laptops auf dem Schulareal grundsätzlich nicht erlaubt ist.

Wie werden Lehrpersonen und Eltern sensibilisiert?

Bereits während der Ausarbeitung des Verbots wurde die gesamte Schulführung (Geschäftsleitung und (Co-) Schulleitungen) in das Projekt einbezogen. Die Lehrpersonen erhalten im Hinblick auf das kommende Schuljahr verbindliche und praktikable Richtlinien zur Umsetzung, ergänzt durch rechtliche Hinweise, Handlungsspielräume und pädagogische Argumente. Im Vordergrund steht dabei nicht die Sanktionierung, sondern eine klare Regelstruktur mit pädagogischem Augenmass.

Die Eltern werden vorgängig und transparent informiert. Dazu dienen Informationsschreiben (z. B. Nachricht auf Klapp, Emmenmail), Elternabende und bilaterale Gespräche mit Eltern. Der Austausch mit den Eltern und Erziehungsberechtigten wird als wesentliches Element betrachtet, um das gemeinsame Erziehungsziel zu unterstützen und Fragen konstruktiv zu klären. Die Erfahrung zeigt, dass viele Eltern die Initiative befürworten, auch deshalb, weil sie sich bei der digitalen Begleitung ihrer Kinder oft überfordert fühlen. Laut dem AXA Cybersorgenmonitor 2025 geben 38 Prozent der befragten Eltern an, ihre Kinder nicht ausreichend vor Cyberrisiken schützen zu können und über die Hälfte berichten von häufigen Konflikten zur Bildschirmzeit.

Die Sensibilisierung wird überdies durch flankierende pädagogische Massnahmen gestützt. Dazu gehören beispielsweise Unterrichtseinheiten zur Medienkompetenz, Projekte zum Thema Cybermobbing oder gezielte Inputs zu Datenschutz und digitalen Gewohnheiten.

Das Smartphoneverbot der Volksschule Emmen ist Ausdruck eines verantwortungsbewussten Umgangs mit der digitalen Realität im Alltag von Kindern und Jugendlichen. Die Schule versteht sich dabei als lern- und lebensweltorientierter Raum, der klare Strukturen schafft, soziale Beziehungen stärkt und gleichzeitig digitale Kompetenzen gezielt und sinnvoll fördert, dort, wo es pädagogisch geboten ist.

3. Kosten

Für die Beantwortung dieser Interpellation sind keine externen Kosten angefallen.

Emmenbrücke, 4. Juni 2025

Für den Gemeinderat

Ramona Gut-Rogger	Patrick Vogel
Gemeindepräsidentin	Gemeindeschreiber